LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21549**

30.09.2026

Kleine Anfrage 8837

des Abgeordneten Jochen Ott SPD

Chemie- und Raffineriepakt sowie Bundesratsinitiative – welche konkreten Maßnahmen setzt die Landesregierung daraus um?

Im November 2025 hat die Landesregierung im Rahmen des Chemie- und Raffineriepakt NRW gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft und der IGBCE ihre Absicht bekräftigt, die industrielle Basis und insbesondere den Chemiestandort Nordrhein-Westfalen zu stärken. Mit der Bundesratsinitiative „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in Deutschland“ [1] hat Nordrhein-Westfalen diesen politischen Anspruch anschließend erneut unterstrichen.

Zu den in der Bundesratsinitiative formulierten Anliegen gehören eine aktive Politik zur Förderung von Innovationen und industriellen Standorten. Zugleich werden ein verbindlicher Umsetzungsplan, eindeutig festgelegte Zuständigkeiten und eine transparente Darstellung der erzielten Fortschritte gefordert.

An diesen Maßstäben sollte sich auch die Landesregierung bei ihrem eigenen politischen Handeln messen lassen. Von besonderem Interesse ist daher, welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen das Land selbst auf den Weg bringt, um die im Chemie- und Raffineriepakt sowie in der Bundesratsinitiative festgelegten Ziele tatsächlich umzusetzen.

Für die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen kommt es dabei auf verschiedene Faktoren an. Dazu zählen insbesondere bezahlbare und international wettbewerbsfähige Energiepreise, eine leistungsfähige Infrastruktur, verlässliche und zugleich effiziente Genehmigungsverfahren sowie die Realisierung notwendiger Investitionen in die Zukunft. Dass hierbei auch Bund und Europäische Union gefordert sind, entbindet das Land jedoch nicht von seinen eigenen Gestaltungsmöglichkeiten.

Das politische Bekenntnis Nordrhein-Westfalens zu einem leistungsfähigen und zukunftsfesten Chemiestandort muss sich schließlich auch im Umgang mit der RAG-Stiftung in konkreten politischen Aktivitäten und Positionen der Landesregierung niederschlagen.

[1] https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2026/0501-0600/548-26.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Datum des Originals: 30.09.2026/Ausgegeben: 30.09.2026

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung seit Abschluss des Chemie- und Raffineriepakts NRW in eigener Zuständigkeit bereits umgesetzt? (bitte auch die jeweiligen Zeitpunkte der Maßnahmen und die konkreten Ergebnisse angeben)

2. Welche im Chemie- und Raffineriepakt vereinbarten Beiträge des Landes sind noch offen?

3. Welche verbindlichen Fristen oder konkreten Umsetzungsschritte hat die Landesregierung für die von ihr selbst zu leistenden Beiträge zu den in der Bundesratsdrucksache 548/26 genannten Vorhaben festgelegt? (bitte auch die Verantwortlichkeiten und konkreten messbaren Zielvorgaben angeben)

4. Bei welchen konkreten Investitionsprojekten an Chemiestandorten in Nordrhein-Westfalen konnte das Land nachweisbar dazu beitragen, bestehende Hemmnisse abzubauen oder die Realisierung der jeweiligen Vorhaben zu beschleunigen?

5. Welche konkreten industriepolitischen Erwartungen oder Vorgaben zur künftigen Entwicklung von Evonik hat der Ministerpräsident als Mitglied des Kuratoriums gegenüber der RAG-Stiftung in den betreffenden Beratungen vertreten?

Jochen Ott